

Gemeinde Bestwig

Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche/~~nichtöffentliche~~ Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom
30.01.2013

Top 6 Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 hier: Beschlussfassung

Bürgermeister Ralf Péus verweist auf die Verw.-Vorlage Nr. 088/2012 sowie Nr. 003/2013. Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde am 19.12.2012 eingebracht und in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 16.01.2013 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 09.01.2013 – beraten. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Gemeinde Bestwig einstimmig, die Haushaltssatzung 2013 mit ihren Anlagen in der am 09.11.2012 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der in der Verw.-Vorlage Nr. 003/2013 aufgeführten Änderungen zu beschließen.

Sodann erteilt Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

der uns am 19. Dezember vorgelegte Haushaltsentwurf weist im Ergebnisplan mit den nachträglich erfolgten Änderungen ein Defizit von rund 970.000 € auf.

Damit sind wir von einem strukturell ausgeglichenen Haushalt auch in diesem Jahr weit entfernt. Wir gehören zwar nicht zu den 10 % der glücklichen Kommunen mit einem strukturell ausgeglichenen Haushalt, aber auch nicht zu den 40 % der Kommunen, die sich bereits in der Haushaltssicherung befinden.

Die Ausgleichsrücklage ist inzwischen jedoch aufgebraucht, so dass sich die allgemeine Rücklage, also unser Eigenkapital, um über 7 % reduzieren wird.

Es kommt also genau so, wie wir es nach den Änderungen der Schlüsselzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz bereits vorausgesagt haben.

Die Gemeinde Bestwig bleibt eine der größten Verliererkommunen in Nordrhein-Westfalen.

Auch massive Ungerechtigkeiten, wie die als Hauptansatz bezeichnete Einwohnerveredelung der Bürgerinnen und Bürger in großen Kommunen, wurden trotz der Kritik des Städte- und Gemeindebundes nicht behoben. Niemand konnte uns bisher erklären, warum ein Mensch in Köln oder Düs-

seldorf dem Land NRW 57 % mehr wert ist als ein Bürger einer kleinen Kommune wie Bestwig.

Die Schlüsselzuweisungen als eine der wichtigsten Einnahmequellen betragen in den Jahren 2004 bis 2011 durchschnittlich 2.65 Mio. € jährlich. Seit den massiven Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz der letzten beiden Jahre sind sie in diesem Jahr auf nur noch 1.4 Mio. € zurückgegangen. Bis zum Jahr 2016 werden sie weiter auf weniger als 0,9 Mio. € sinken.

Ohne diese von uns nicht beeinflussbaren Änderungen im GFG könnten wir in den kommenden Jahren folglich mit ausgeglichenen Haushalten kalkulieren.

Da uns jedoch Klagen über diese Ungerechtigkeiten nicht weiterhelfen und die Landesregierung diesen Umstand nicht beseitigen wird, müssen wir mit dieser Situation leben.

Als notwendige Konsequenz erfolgten bereits im letzten Jahr deutliche Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuern. Ohne diese wären wir bereits in diesem Jahr in der Haushaltssicherung gelandet.

Weitere Einnahmeerhöhungen durch Erhöhungen der gemeindlichen Steuern möchten wir derzeit aufgrund der bereits nicht unerheblichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger vermeiden.

Stattdessen legt die CDU-Fraktion Wert auf eine möglichst sparsame Haushaltsführung, ohne uns jedoch „kaputt“ zu sparen zu wollen.

Schauen wir uns die großen Posten an, sind jedoch auch hier die Möglichkeiten begrenzt.

Die Transferaufwendungen beinhalten den Löwenanteil unserer Ausgaben und sind von uns nicht beeinflussbar. Diese entsprechen allein 43 % unserer gesamten Einnahmen.

Die Kreisumlage mit allein 5,9 Mio. € als größte Position wird in diesem Jahr nach dem Entwurf des Kreishaushalts um voraussichtlich 1,5 Punkte erhöht.

Diese Erhöhung ist nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass allein 70 % der Ausgaben des Hochsauerlandkreises durch soziale Ausgaben bedingt sind. Bedingt durch die demografische Entwicklung werden diese Kosten auch zukünftig weiter steigen. Trotzdem appellieren wir an die Verantwortlichen in Kreistag und Kreisverwaltung, die geplante Erhöhung durch Einsparungen an anderen Stellen deutlich zu reduzieren oder verstärkt auf die Ausgleichsrücklage zurückzugreifen.

Die Gemeinde Bestwig erfüllt ihre Aufgaben im kommunalen Vergleich mit relativ wenig Personal.

Umso höher ist zu bewerten, dass der Personalbestand auch nach Bereinigung des durch die Übergabe des Kindergartens Ramsbeck an die katholische KiTa GmbH überangegangenen Personals nochmals zusätzlich um 2 Stellen reduziert wird.

Gleichzeitig bedeuten diese Personalreduzierungen aber auch, dass gewohnte Standards in Teilbereichen zurückgefahren werden müssen.

Die Bewirtschaftungskosten unserer Gebäude können trotz stark ansteigender Energiepreise mit 684.000 € fast konstant gehalten werden. Die Modernisierungen und energetischen Sanierungen unserer Gebäude der

letzten Jahre beginnen sich nun auch finanziell zu rentieren. Wir sind hier auf einem guten Weg, der mit Rücksicht auf Umwelt und nachfolgende Generationen auch zukünftig weiter beschritten werden soll.

In den letzten beiden Jahren erhielten wir mit den für uns nachteiligen Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz schlechte Nachrichten, so sollte es auch in diesem Jahr weitergehen:

In den Sommermonaten wurde der Bauhof bei der Grünanlagenpflege bisher von MAE-Kräften, den sogenannten 1€-Kräften, unterstützt. Der durch die Gemeinde Bestwig gestellte Antrag auf Zuweisung von Stellen für 2013 wurde jedoch abgelehnt. Diese Nachricht mit ihren Konsequenzen sorgte bereits bei der letzten Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses für lebhafte Diskussionen.

In Anbetracht der finanziellen Lage ist es aus unserer Sicht jedoch nicht vertretbar, stattdessen Neueinstellungen vorzunehmen. Uns ist bewusst, dass dieser Umstand Einschränkungen bei den gewohnten Leistungen des Bauhofs, besonders im Rahmen der Grünpflege, zur Folge haben wird.

Es bietet sich nun aber auch die Chance, sich mit allen Beteiligten über neue, leist- und vor allem finanzierbare Standards zu verständigen.

Auch das Saldo aus dem Finanzplan mit einem Minus von fast 740.000 € ist aufgrund der wachsenden Kassenkredite zur Liquiditätssicherung ebenfalls ein Problem, wenngleich es hierfür gute Gründe gibt.

Zum einen ist das Programm zur Sanierung unserer Straßen mit seinem hohen Investitionsbedarf in vollem Gange, zum anderen schlagen sich die vom Rat beschlossenen verlängerten Zahlungsziele der Anliegerbeiträge in diesem Fehlbetrag nieder. Langfristig müssen wir sicher mit einem Ende der Niedrigzinsphase und daraus resultierenden erhöhten Belastungen rechnen, wenn uns hier mittelfristig keine Reduzierung gelingen sollte.

Zuletzt konnten jedoch auch wichtige Weichen für die Zukunft der Gemeinde Bestwig gestellt werden.

Der Konzessionsvertrag für Strom wurde durch den Rat ab November 2014 an die HochsauerlandEnergie vergeben. Auch in Olsberg und Meschede sind gleichlautende Entscheidungen gefallen, so dass wir zukünftig zusammen mit unseren Nachbarn unser örtliches Stromnetz wieder selbst betreiben können. Nach den Erfahrungen im Netzbetrieb unseres Partners aus Lippstadt sowie den bereits sehr erfolgreichem Start in Vertrieb von Strom und Gas sind wir als CDU-Fraktion davon überzeugt, dass die HochsauerlandEnergie unser örtliches Stromnetz effizient und qualitativ hochwertig betreiben wird.

Zur Konzessionsvergabe noch eine Anmerkung:

Die Ratsmitglieder vertreten mit ihrem Mandat die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und sind in ihrer Entscheidung für den zukünftigen Konzessionsnehmer völlig frei gewesen. Der in diesem Wettbewerb unterlegene Bieter und langjährige Vertragspartner sollte sich daher als fairer Verlierer erweisen und diese demokratische Entscheidung respektieren, um sich selbst wie auch der Gemeinde Bestwig Kosten durch unnötige Klageverfahren zu ersparen.

Der Ferienpark in Andreasberg hat uns in der letzten Zeit mehr beschäftigt,

als es uns lieb gewesen wäre. Nun hat er endlich grünes Licht durch den Regionalrat erhalten. Wir als CDU-Fraktion werden alles tun, um das Projekt durch sorgfältige, aber auch zügige Änderung des Flächennutzungsplans und Neuaufstellung des Bebauungsplans einer schnellstmöglichen Baureife zuzuführen.

Direkte und indirekte neue Arbeitsplätze sowie Zufluss von Kaufkraft können helfen, die Gemeinde Bestwig wie auch die gesamte Region weiter zu stärken. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang, dass der Freizeitpark Fort Fun durch den Ferienpark ebenfalls profitieren wird damit sein Fortbestand sicherer wird.

Ein weiterer wichtiger Baustein für die Zukunft Bestwigs sind sichere Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe.

Hier stehen wir in einem Wettbewerb mit Kommunen vor allem aus den neuen Bundesländern, die mit schon fast unseriös hohen Subventionen expandierende Betriebe locken und den Wettbewerb damit verzerren.

Wir sind daher froh, dass die Fa. Tital sich trotz lukrativer Angebote für die Erweiterung des Betriebes am Standort Bestwig entschieden hat. Der für dieses Vorhaben nochmals geänderte Bebauungsplan für das „Wohn- und Gewerbegebiet Wiebusch“ befindet sich in Kürze in der öffentlichen Auslegung und kann voraussichtlich im April Rechtsgültigkeit erlangen. Damit stünde dem Bau der neuen Produktionshalle mit vielen neuen und modernen Arbeitsplätzen nichts mehr im Wege.

In unmittelbarer Nähe stehen im östlichen Teil dieses Gebietes weitere Flächen für neue Gewerbeansiedlungen bereit.

Neues, kostengünstiges Wohn-Bauland steht mit diesem Wohn- und Gewerbegebiet auf Kauf- oder Erbpacht-Basis ebenfalls langfristig in zentraler Lage zur Verfügung.

Wir hoffen, hiermit die Voraussetzungen für eine lebenswerte und langfristig auch finanziell wieder bessere Zukunft in unserer Gemeinde zu schaffen.

Durch den demografischen Wandel sind wir gefordert, unsere Gemeinde auf zukünftige Anforderungen vorzubereiten, um neben einem attraktiven Arbeitsort auch ein attraktiver Wohnstandort zu bleiben.

Die Lebensqualität selbst wird jedoch maßgeblich durch weiche Faktoren bestimmt. Diese werden nicht zuletzt durch die vielen Vereine und religiösen Gemeinschaften in unserer Gemeinde geprägt.

Beispielsweise haben die Bürgerinnen und Bürger durch eine hohe Dichte aktiver Sportvereine eine große Auswahl, die unterschiedlichsten Sportarten auf gemeinde- und vereinseigenen Anlagen auszuüben.

Die CDU-Fraktion möchte auch in diesem Jahr auf Benutzungsgebühren für die gemeindeeigenen Sportanlagen verzichten, um damit die Motivation für das Engagement der vielen Ehrenamtlichen in unseren Vereinen nicht zu schwächen.

Auch die weiteren Vereinsförderungen sollen aus diesem Grund in gleichem Umfang wie bisher bestehen bleiben.

Dies funktioniert jedoch nur solange, wie Bestwig kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss.

Für die kleinsten Kinder gibt es in unserer Gemeinde ein vergleichsweise

gutes Betreuungsangebot an kirchlichen wie durch Elterninitiativen getragenen Kita's.

Die Grundschulen sind trotz der zurückgehenden Schülerzahlen derzeit noch im Bestand gesichert, die offene Ganztagsgrundschule in Velmede stellt auch nachmittags ein Betreuungsangebot für Grundschul Kinder bereit.

Sorgen bereitet uns hingegen die Zukunft der Haupt- und Realschule. Der Schulkompromiss des Landes NRW wurde sicher nicht am Beispiel Bestwig verhandelt. Anhand der vom Land geforderten Mindestschülerzahlen ist der Bestand beider Schulen mehr als unsicher. Aber auch die vom Land gewünschte Umwandlung in eine Sekundarschule ist aufgrund der geforderten Schulgröße nicht möglich. Selbst ein Teilstandort einer benachbarten Sekundarschule wäre nicht im Bestand gesichert.

Die Hauptschule erzielt aufgrund ihrer berufsvorbereitenden Ausrichtung und Zusammenarbeit mit heimischen Unternehmen eine sehr hohe Übergangsquote in qualifizierte Auszubildungsverhältnisse. Auch aufgrund des in unserer Gemeinde relativ hohen Anteils an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wäre ein Fortbestand wichtig für unsere Gemeinde. Auch die Realschule mit ihrer hohen Qualität sollte aus unserer Sicht erhalten werden.

Im „worstcase“ könnte nach aktuellem Schulgesetz Bestwig jedoch als Schulstandort der Sekundarstufe 1 völlig verschwinden und das Schulzentrum damit leer stehen.

Auch aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion den Bürgermeister gebeten, sich aufgrund der besonderen Bestwiger Verhältnisse bei der Bezirksregierung für eine Ausnahmeregelung einzusetzen. Ziel soll es sein, auch zukünftig zumindest ein Schulangebot der Sekundarstufe 1 in Bestwig zu erhalten.

Die Dorfgemeinschaften in Ostwig und Ramsbeck treten seit Jahren für eine Verschönerung ihrer Dorfplätze ein. Die Planungen sind abgeschlossen und Förderungen durch das Land in Aussicht gestellt. Auch die Dorfgemeinschaften selbst haben hohe Eigenbeteiligungen zugesagt, so dass die CDU-Fraktion beiden Vorhaben zustimmen wird.

Insgesamt können wir die Ausführungen des Bürgermeisters bei der Einbringung des Haushalts mit dem durch den Rotstift dominierten Haushaltsentwurf bestätigen. Die CDU-Fraktion stimmt diesem Entwurf mit den nachträglichen Änderungen, so wie sie in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt wurden, ausdrücklich zu.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion auch in diesem Jahr wieder herzlich bei Ihnen, Herr Bürgermeister, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Bestwig, für ihre gute Arbeit und Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Auch den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion herzlichen Dank für die sachliche und konstruktive Mitarbeit.

Für die vielen anstehenden Entscheidungen wünsche ich uns allen viel Weitsicht und das notwendige Glück.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedtke**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich einen ersten Blick in die Eckdaten unseres Haushaltsplanes 2013 geworfen hatte, war mir noch überhaupt nicht bewusst, wie ernst die Lage in Bestwig ist. Mit dem Haushaltsplan 2013 hat der politische Handlungsspielraum eine Trostlosigkeit erlangt, die dem Rat der Gemeinde Bestwig erneut seine Grenzen aufzeigt. Er gibt faktisch kein Einsparpotential mehr her, er ist förmlich ausgequetscht. So lautete mein Kommentar anlässlich der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss vom 16.01.2013.

Damit möchte ich Sie meine Damen und Herren auf meinen heutigen Redebeitrag anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2013 der Gemeinde Bestwig einstimmen.

Ich werde Ihnen Zahlen nennen, die wie so häufig der eine so oder anders interpretiert. Zugegeben, ich erwarte nicht, dass sich jeder Ratsvertreter diesen Ausführungen anschließt, dennoch sind die Anmerkungen und Analysen oft auf Grundlage von einfachen Berechnungen erfolgt. Zahlen sprechen eben für sich.

Wissen Sie eigentlich, dass der Fehlbetrag 2013 um etwa 300.000 Euro hätte niedriger ausfallen müssen, um eine Entnahme der allgemeinen Rücklage von unter 5% zu erzielen und damit ein weiteres Jahr an Zeit für eine Konsolidierung zu gewinnen?

Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass nach den vorläufigen Ergebnissen für das Haushaltsjahr 2012 die obige Marke gerade mal um rund 149.000 Euro unterschritten wird? Und dieses knappe Resultat ist auch nur dem Hochsauerlandkreis geschuldet, der eine einmalige Stundung der Altfehlbeträge in Höhe von 145.000 Euro beschlossen hat.

Nicht wahr, da wird es einem schon unbehaglich zumute, wenn es um eine solche finanzielle Gratwanderung geht, die zudem nur auf den vorläufigen Zahlen für 2012 beruht.

Es ist alles eine Frage der Interpretation und Darstellung, wie ich es Ihnen einmal an der Entwicklung des Eigenkapitals verdeutlichen möchte:

Im vergangenen Jahr 2012 wurden den Ratsvertretern für die Haushaltsberatungen ebenfalls die Fakten präsentiert. Der Fehlbetrag wurde u.a. durch das Ergebnis lt. Haushaltsplan 2011 aufgebläht, der dann nach endgültigen Zahlen um stolze 500.000 Euro reduziert werden konnte.

Mit dem Argument eines drohenden, hohen Defizits konnte man bei den Bürgerinnen und Bürgern in Bestwig schließlich leichter um Verständnis für die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern werben.

In diesem Jahr werden interessanterweise bei der Entwicklung des Eigenkapitals und der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage die Ergebnisse lt. der Prognose für den Haushaltsplan 2012 herangezogen. Denn diese Zahlen fallen günstig aus und sorgen für eine Unterschreitung der 5 %-Marke. Übrigens, der fortgeschriebene Haushaltsansatz 2012 hätte mit einem Fehlbetrag 1,3 Mio. Euro auch nach Erhöhung der Realsteuern allein betrachtet das Ziel verfehlt, unterhalb der besagten 5% - Messlatte zu bleiben.

Spannend wird aber in jedem Fall der Blick in das kommende Jahr sein. Meine These lautet: Drohen hier möglicherweise erneut Steuererhöhungen oder ist der Gang in die Haushaltssicherung unvermeidbar? Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, aber die Anmerkungen zum vorläufigen Jahresergebnis 2012 und überhaupt die Aussage, dass noch ein Haushaltssicherungskonzept im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 drohen kann stammen nicht aus meiner Feder. Bei so viel Unsicherheit möchte ich die Verwaltung bitten, die Fraktionen zu informieren, sobald die Erlassregelung zur Aufstellung und Prüfung von Haushaltssicherungskonzepten nach dem Stärkungspaktgesetz vorliegt. Der alte Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ ist ja bekanntlich zum 30.09.2012 aufgehoben worden.

Nun möchte ich nach den allgemeinen Vorbemerkungen auf einige Positionen des Haushaltsplanes 2013 unserer Gemeinde eingehen.

Während Sie, liebe Ratsmitglieder der CDU-Fraktion, häufig das Problem bei den Einnahmen, wie z.B. den gesunkenen Schlüsselzuweisungen sehen, vertritt die SPD-Fraktion eine andere Position und zwar bei den Ausgaben eine Reduzierung zu erreichen, sofern dies möglich erscheint.

Dennoch möchte ich zum wiederholten Male auch wieder einen Blick auf die Schlüsselzuweisungen werfen. Mit den Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes hat es die vom OVG Münster geforderte Anpassung der Grunddaten gegeben. Sie werden sich erinnern, die ifo-Studie lag auch der damaligen schwarz-gelben Regierung vor, die allerdings keinen Handlungsbedarf sah. Dies galt auch für die Hauptansatzstaffel bei der Einwohnergewichtung, die Bestwig ja nach Aussage unseres Bürgermeisters besonders hart trifft. Bei einem Vergleich der Tabellen von 2005 zu 2013 werden Sie nur leichte Verschiebungen feststellen. An einer Überbewertung des Flächenansatzes, der ja vehement gerade aus Kreisen der CDU gefordert wurde, hatte ich bereits im Jahr 2010 Zweifel geäußert. Leider führt der im Jahr 2012 aufgenommene Demografiefaktor nicht zu einer deutlichen Einnahmeverbesserung. Der Bevölkerungsrückgang in Bestwig (600 Ein-

wohner seit 2004 weniger) trifft uns daher, wie ich bereits im Haupt- und Finanzausschuss ausgeführt habe, besonders schwer. Auf Landesebene soll zudem verfassungsgemäß die Schuldenbremse umgesetzt werden und zudem werden die Einsparungen von der CDU-Fraktion im Landtag als nicht ausreichend angesehen. Diese Effekte wirken nach, leider auch bei den Schlüsselzuweisungen für Bestwig.

Auf der Einnahmeseite hat die SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen die Mieteinnahme von der Kita gem. GmbH vermisst. Hier scheint es wohl Schwierigkeiten mit dem Mietzuschuss nach dem KiBiz zu geben. Natürlich werden wir bei dieser Einnahmeposition am Ball bleiben und die Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Lassen Sie mich aber nun endlich zu dem Block der Ausgaben kommen. Wieder einmal nimmt die Kreisumlage und Jugendamtsumlage mit ca. 5,6 Mio. Euro den größten Umfang bei den Transferaufwendungen ein. Nur aufgrund der gesunkenen Steuerkraft unserer Gemeinde, so hat uns der Kämmerer Klaus Kohlmann bei der Präsentation am 09.01.2013 vermittelt, fällt diese in 2013 trotz prozentualer Erhöhung unterm Strich geringer aus als in 2012. Dennoch möchte ich auf das entsprechende Fazit im Haushaltsbuch 2013 hinweisen. Den Wortlaut möchte ich mir heute schenken, sollte Ihnen meine Damen und Herren bekannt sein, bzw. kann auf Seite 43 nachgelesen werden.

Der Rückgang der Personalaufwendungen erfährt mittlerweile von allen Seiten einen positiven Zuspruch. Hier werden jetzt endlich Stellschrauben bewegt, die die Kosten mittelfristig deutlich senken können. Dieses Thema hat die SPD-Fraktion schon seit längerer Zeit im Blick und hat im Rahmen früherer Haushaltsberatungen leider vergebens gefordert, hier den Hebel anzusetzen. Mehrfach haben wir über Wiederbesetzungssperren nach dem Motto kein Automatismus wie - Mitarbeiter geht, neuer Mitarbeiter kommt - ins Spiel gebracht. Darüber hinaus haben wir zusätzlich Beförderungstopps vorgeschlagen. Diese Ratschläge der SPD-Fraktion fanden bei Ihnen, liebe Mitglieder der CDU-Fraktion, kein Gehör. Und jetzt, wo der Leidensdruck immer größer wird, Kosten einzusparen oder Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt aufzugreifen, findet der Sinneswandel statt. Dieser hätte nach Auffassung der SPD-Fraktion schon früher kommen müssen.

Die Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung Unterhaltung + 21.000 Euro auf 153.000 Euro und investiv Straßenbeleuchtung „Neu“ 6.000 Euro sowie weitere 20.000 Euro für die „Erneuerung von Leuchtstellen“ sind trotz allgemeiner Erläuterungen im Gemeindeentwicklungsausschuss für die SPD noch nicht schlüssig. Hier möchten wir die Präsentation von Herrn Sommer - Mitarbeiter der HSW - gern zum Anlass nehmen, die Preisgleitklausel und noch einiges mehr, wie die systematische Erneuerung, mit den Zahlen aus dem Rathaus abzugleichen. Die Aufstellung für die Straßenbeleuchtung aus dem Rathaus lag noch am gleichen Abend nach der Sitzung vor. Die umfangreiche und sicherlich aussagefähige Präsentation der HSW bislang noch nicht. Gestatten Sie mir vorab einen Hinweis. Mir ist es völlig unverständlich, dass noch Werte des Vorbetreibers in dem Vortrag enthalten waren und erst auf Nachfrage von mir erklärt worden sind. Daher inte-

ressiert uns die Präsentation sehr, damit wir einige Details besser nachvollziehen können. Wie dazu eine Absenkung der Kosten um jährlich 10.000 ab 2014 erreicht werden kann, ist nach wie vor völlig offen.

Investive Maßnahmen

Die in der Höhe erheblichen Ausgaben zu geplanten Gewässerrenaturierungen in Velmede und Nuttlar finden unsere Zustimmung. Hier handelt es sich um weitsichtige Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung unserer Gewässer. Diese Umsetzung ist nur aufgrund hoher Fördermittel zu stemmen.

Dorferneuerungsmaßnahmen

Für die Umgestaltung des Marktplatzes in Ostwig sind 199.000 Euro veranschlagt. Weitere 60.000 Euro sollen für den Dorfplatz in Ramsbeck bereitgestellt werden. Ich darf es vorwegnehmen, die SPD-Fraktion stimmt beiden Maßnahmen zu. Allerdings ergab sich bei der Vorstellung dieser Investitionen hinsichtlich der Finanzierung erheblicher Erklärungsbedarf. Einmal die Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen und auf der anderen Seite Drittmittel. Hier lohnt es sich allemal einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. An dem Beispiel Ostwig möchte ich Ihnen die Kreativität einer Finanzierung, oder wie mit Zahlen jongliert wird, aufzeigen:

Nach der Landesförderung von 107.000 Euro, Gemeindeanteil, Spenden und anderer Eigentümer verbleibt immer noch ein Restdefizit von 38.680 Euro. Diese Lücke schließt man eins, zwei und drei wie folgt:

1. Anrechnung/Kürzung Ortsgestaltungsmittel des Ortsvorstehers, die über einen Zeitraum von 10 Jahre (!) gestreckt werden mit 20.000 Euro
2. Weitere Spenden und Beteiligungen Vereine. Ansatz erhöht um 4.000 Euro
3. Weitere Erhöhung des Gemeindeanteils um 4.680 Euro

Wenn man dann in die Kalkulation schaut, ergibt sich für die Dorfgemeinschaft Ostwig ein Eigenanteil von 42.200 Euro. Ich weiß nicht wie Sie es sehen, aber nach meiner Auffassung genau um 20.000 zu hoch. Aus aktuellen Haushaltsmitteln zahlt die Gemeinde Bestwig einen Vorschuss auf die Ortsgestaltungsmittel für zehn Jahre. Dieses Finanzierungsmodell gleicht wahrlich einem Husarenstreich und wirkt überhaupt nicht vertrauenserweckend und seriös.

Die Straßenbaumaßnahmen werden wie in der Vorstellung des Haushaltsplanes erläutert, mitgetragen. Diese Leistungen sind nach § 8 KAG mit den Anliegern abzurechnen. Hier spricht die SPD-Fraktion die Empfehlung aus, sich auch den Alternativvorschlägen der Grundstückseigentümer nicht zu verschließen. Ähnlich wie bei der Planung Amselweg in Velmede lassen sich hier für alle Beteiligte Einsparungen erzielen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohn- und Gewerbegebiet „Wiebusch II“ wird wie auch der Ferienwohnpark in Andreasberg von der SPD-Fraktion voll unterstützt. Das wurde bereits bei verschiedenen Beschluss-

fassungen in den Gremien deutlich, daher verzichte ich auf weitere Ausführungen.

All denjenigen, die permanent eine schlechte finanzielle Ausstattung bei den Schlüsselzuweisungen durch das Land Nordrhein-Westfalen beklagen, sollten auch einmal diese Zahl zur Kenntnis nehmen.

ca. Eine Million Euro

Diese stolze Summe wird der Gemeinde Bestwig vom Land NRW an Fördermitteln und Landeszuweisungen zur Verfügung gestellt. Mittel, die oft nur mit einer Randnotiz und Prozentsätzen bei den Investitionen, wie z.B. den Renaturierungsmaßnahmen Velmede und Nuttlar für 2012 und 2013, Dorfgestaltungsmittel für Ostwig und Ramsbeck und der Förderung von Buswartehäuschen zu finden sind. Ich wiederhole, Geld vom Land NRW für investive Vorhaben für Bestwig.

Ich möchte es bei den Anmerkungen zu den ausgewählten Haushaltspositionen damit belassen und mich noch anderen Themenfeldern in der Gemeinde Bestwig zuwenden, die den Haushalt indirekt berühren.

Die erst kürzlich eingeführte sogenannte „Abrissprämie“ läuft in diesem Jahr aus. Das Programm „Leerstände und verfallene Häuser“ hatte zum Ziel, innerörtliche Schandflecke zu vermeiden und einem Ressourcenverbrauch einen Riegel vorzuschieben, also eine Revitalisierung der Ortskerne zu erreichen. Aufgrund fehlender Mittel kann dieses interessante Projekt nicht fortgeführt werden. Doch in Brilon denkt man anders. Im vergangenen Jahr stellte die CDU-Fraktion ein neues Konzept vor, um den fortschreitenden Leerstand in den Dörfern um Brilon aufzuhalten. Ironie des Schicksals: Schon einmal wanderte eine Idee aus Bestwig nach Brilon. Sie erinnern sich bestimmt; es war das Jugendparlament, das auch heute noch in Brilon eine feste Einrichtung ist.

Schulen

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der in vergangenen zwei Jahren in meiner Haushaltsrede Berücksichtigung fand. Es sind unsere Schulen in Bestwig und die Entwicklung rund um Bestwig. Die SPD-Fraktion hatte bereits im April 2012 einen Antrag auf Erstellung eines zukunftsorientierten Schulkonzeptes gestellt. Nach intensiven Beratungen der SPD-Fraktion auch unter Einbeziehung mit Vertretern beider Schulleitungen, möchten wir die derzeitige Situation in Bestwig beibehalten. Die Möglichkeit, Bestwig als Teilstandort einer Sekundarschule im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu führen, wird derzeit nicht favorisiert. Die Sekundarschule ist aus Sicht der SPD-Fraktion eine interessante Schulform, der man sich nicht grundsätzlich verschließen sollte.

In Bestwig liegen allerdings die Voraussetzungen für die Einführung eines solchen Schultyps nicht vor. Dennoch ergab das Meinungsbild unserer Fraktion, die Einführung einer Sekundarschule dann kurzfristig erneut zu überdenken, sobald andere für Bestwig geltende Maßstäbe vorliegen. Das kann also eine Ausnahmeregelung oder auch eine Modellschule im Rah-

men eines Projektes sein. Ein überparteilicher Konsens ließe sich unter diesen Gegebenheiten sicherlich erzielen. Weitere Hinweise habe ich unserem Bürgermeister Ralf Péus kürzlich in einem Schreiben mitgeteilt.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch auf eine Angelegenheit eingehen, die auch vom Bürgermeister unserer Gemeinde anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2013 angesprochen worden ist. Damit meine ich die Vergabe der Stromkonzessionen. RWE hat den Informationen zufolge die Landeskartellbehörde angerufen. Eine Entscheidung dieses Amtes ist nach meinem Kenntnisstand noch nicht gefallen.

In anderen Angelegenheiten hat man der SPD-Fraktion wiederholt Schwarzmalerei und ideologische Gedanken vorgehalten. Das obige Beispiel zeigt aber doch einmal mehr, dass eine gesunde Skepsis und Vorsicht bei wichtigen Entscheidungen erlaubt sein darf. Wenn trotz fachkundiger externer Begleitung ein solches Verfahren nicht sofort erfolgreich zu Ende gebracht werden kann, bestärkt mich das, was ich als Kommunalpolitiker mit gesundem Menschenverstand und unter kritischer Begleitung verstehe.

Der Haushalt der Gemeinde Bestwig weist für 2013 einen Fehlbetrag von 962.000 Euro aus. Dieses Defizit wird auch zu einer Ausweitung der Kassenkredite von 4 Mio. Euro auf nunmehr 5 Mio. Euro führen. Dennoch wird die SPD-Fraktion, wie ich es bereits bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss signalisiert habe, dem Haushaltsplan 2013 mit Anlagen zustimmen.

Bedanken möchte ich mich auch in diesem Jahr natürlich im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion - bei Bürgermeister Ralf Péus und bei Klaus Kohlmann, dem Kämmerer der Gemeinde Bestwig.

Vielen Dank aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, stellvertretend möchte ich hier einmal persönlich Herrn Stralka nennen, der sich doch so manche Kritik von den Kommunalpolitikern anhören muss.

Natürlich auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion hier im Rat der Gemeinde Bestwig, wieder einmal ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit.

Zu Beginn der Debatte kritisiert der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, die Ausführungen von Herrn Liedtke dahingehend, dass dieser kein Sparpotential bei den Ausgaben ausgewiesen hat. Die von Herrn Liedtke als nunmehr dem finanziellen Druck geschuldete Personalkosteneinsparung u.a. durch eine Wiederbesetzungssperre bei Personalwechseln, welche die SPD seit Jahren u.a. fordert, wird faktisch seit Jahren durch die Verwaltung vollzogen. Weiterhin wird durch die Verwaltung versucht, Interkommunale Zusammenarbeiten anzustreben (z.B. TAG).

Der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas**

Liedtke, erwidert, dass in den Anmerkungen des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt einige Einsparpotenziale aufgeführt sind. Hierzu gehört u.a. der Personaleinsatz im Bereich des SGB II bei Rückgang der Fallzahlen.

Bürgermeister Ralf Péus stellt klar, dass sich die Verwaltung die in der Debatte angesprochene Wiederbesetzungssperre bzw. einen Beförderungsstopp intern auferlegt hat und diese in jedem Einzelfall zu überprüfen ist.

Ratsmitglied Martin Bracht führt aus, dass es eine Wiederbesetzungssperre bzw. einen Beförderungsstopp so nicht gibt. Er warnt die SPD-Fraktion, diese interne Regelung der Verwaltung als Erfolg der SPD-Fraktion weiter in der Presse zu publizieren. Weiterhin kann er die Darstellung von Herrn Liedtke so nicht im Raum stehen lassen, dass sich die CDU-Fraktion lediglich um Einnahmeerhöhungen anstatt um Ausgabenreduzierungen kümmere. Die CDU-Fraktion betrachtet immer zuerst die Ausgabenseite, um im letzten Schritt auch einen Einnahmeerhöhung (Steuererhöhung) in Betracht zu ziehen. Herr Bracht kritisiert Herrn Liedtke nochmals, dass dieser in seiner Haushaltsrede keinen einzigen Vorschlag zu einer Ausgabenreduzierung aufgeführt hat. Weiterhin findet es Herr Bracht schon merkwürdig, wenn Herr Liedtke die Finanzierung der Dorferneuerungsmaßnahme „Marktplatz Ostwig“ als „Husarenritt“ bezeichnet – aber letztendlich diese sowie weitere Maßnahmen mitträgt.

Ratsmitglied Manfred Ramspott bittet zum Thema „Marktplatz Ostwig“ um Gelassenheit und Sachlichkeit. Sollte es kurzfristig nicht zu einer Erneuerung des Markplatzes kommen, ist dieser in drei Jahren kaputt. Diese Maßnahme – und deren Finanzierung – stellen für Ostwig eine große Herausforderung dar. Allerdings sollte man die Kreativität der Ostwiger nicht unterschätzen. Eine andere – als im Haushaltsentwurf aufgezeigte – Finanzierungsmöglichkeit sieht Herr Ramspott nicht.

Der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedtke**, stellt fest, dass man über die Finanzierungsmöglichkeiten der angesprochenen Maßnahme geteilter Meinung sein kann. Weiterhin sieht er die SPD-Fraktion als Minderheitsfraktion nicht in der Pflicht, konkrete Einsparvorschläge zu unterbreiten. Herr Liedtke verweist darauf, dass ihm bis heute die Präsentation der Hochsauerlandwasser GmbH zur Thematik „Straßenbeleuchtung“ aus der letzten Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses am 24.01.2013 noch nicht vorgelegt wurde, und er hieraus z.B. noch kein Einsparungspotential aufzeigen kann.

Ratsmitglied Martin Bracht stellt aus seiner Sicht fest, dass es Aufgabe einer jeden Fraktion im Gemeinderat sein muss, Vorschläge für Ausgabenreduzierungen zu unterbreiten.

Nach Abschluss der Debatte ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit ihren Anlagen in der am 09.11.2012 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der in der Verwaltungsvorlage 003/2013 aufgeführten Änderungen.

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 04.02.2013



Der Bürgermeister
Im Auftrag:

